

Initiative „Gehwegreinigung in Bürgerhand (GiB)“

Wiesbaden, den 15.04.2016

Offener Brief an den Ordnungsdezernenten der Stadt Wiesbaden, Herrn Dr. Franz

Sehr geehrter Herr Dr. Franz,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26.2.2016 als Antwort auf unseren Offenen Brief vom 3.2.2016. Wir haben seitdem die Informationen in der Presse aufmerksam verfolgt. Die angekündigten Änderungen in den drei Punkten können uns nicht zufriedenstellen, wollen Sie doch die vielen Umgruppierungen nach A beibehalten.

Wir halten weiterhin ein Satzungs moratorium und eine Neukonzeption unter Bürgerbeteiligung angesichts der stadtweiten politischen Dimension dieses Themas für unerlässlich. Dabei mitzuwirken sind wir gerne bereit.

Sie verweisen auf die gesetzliche Aufgabe, die Ihnen keinen Spielraum bietet. Die Politik kann aber (und muss!) durchaus entscheiden und Ziele, Art und Umfang der Straßenreinigung festlegen. Insbesondere muss diese bedarfsgerecht sein, und die Gebühren müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den Leistungen stehen.

Die Ausweitung der kombinierten Fahrbahn- und Gehwegreinigung mag für Großstädte wie Frankfurt, Berlin, Dortmund oder mittlere Industriestädte ein gangbarer Weg sein. Wiesbaden ist eine mittelgroße Stadt mit engagierter Bürgerschaft und gepflegten Wohngebieten, auch in der Innenstadt. In den Siedlungen sorgen die Wohnungsgesellschaften für die Reinigung ganzer Quartiere. Die Bürger erledigen ihre Reinigungsaufgaben nicht nur in den Vororten, wie Sie selbst hervorheben, sondern auch im Stadtgebiet ganz „hervorragend“. Warum jetzt saubere Straßen mehrfach von der ELW gereinigt werden sollen, ist sachlich nicht erklärbar. Auch die Verdrängung der verlässlichen und kostengünstigen privaten Reinigungsfirmen und das Aufblähen des Eigenbetriebs ELW sind bar jeglicher politischen und finanziellen Vernunft.

Tatsächlich verschmutzte Straßen sind sicher ein Thema. Hierbei sollten die Ortsbeiräte viel mehr mitreden können. Für die Stadtsauberkeit viel problematischer sind jedoch die bekannten Dreckecken an Plätzen, Wegen, Grünanlagen und anderen neuralgischen Punkten (siehe ständige Berichte und Leserbriefe in der Presse), bei denen die städtischen Ämter immer noch nicht ihre Zuständigkeiten geklärt haben. Rechtssicherheit wollten Sie auch erreichen: Der Bürgerprotest (jetzt fast 4.000 Unterschriften) und die vielen Widersprüche alleine in der ersten Stufe zeigen, dass gerade dies nicht der Fall ist. Die neue Satzung ist vielfach ungerecht und angreifbar – da hilft auch nicht der Verweis auf eine wissenschaftliche Matrix und angeblich schmutzige Straßen.

Wir wollen es nun – da sich die Argumente wiederholen – im Interesse der BürgerInnen genauer wissen. **Wir starten einen Faktencheck** und beleuchten die Argumente für die Satzungsänderungen. Wir beginnen mit dem beigefügten **Fragenkatalog zu den Kalkulationen und Entscheidungsgründen**. Im zweiten Schritt – wenn die Vorschläge Ihres Dezernats vorliegen – legen wir einen **Fragenkatalog zur Straßenmatrix und -Systematik** vor. Wir bitten Sie um eine konstruktive Beantwortung und ggf. Weiterleitung an die ELW. Gerne kommen wir auch zu Gesprächen, um unsere Fragen zu erläutern oder um Ihre Antworten zu diskutieren.

Wir stellen Brief und Fragen dem Magistrat, aber auch den Fraktionen zur Verfügung, die die GiB-Forderungen unterstützt haben, sowie der CDU- und SPD-Fraktion und der Presse. Wir hoffen, dass im Stadtparlament eine offene Diskussion über Ziele, Aufgabenumfang, Ergebnisse und Finanzausstattung der Stadtreinigung beginnt.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative „Gehwegreinigung in Bürgerhand (GiB)“

Karl-Heinz Arnemann, Joachim Bußhardt, Christine Dietz, Claudia Höhler-Badior, Albrecht Koch, Heiner Lompe, Karl Roßel, Monika Schnabel, Ulrike Schön, Jürgen Uffmann. Die Unterzeichner sind benannte Vertreter von GiB.

Kontakt: eMail: gehwegreinigung-in-buergerhand@gmx.de Telefon: 0611-44 51 560.